



FDP | 19.01.2024 - 12:20

Mehr Ordnung und Kontrolle in der Migrationspolitik



Im Bundestag hat die Koalition diese Woche mit dem Rückführungsverbesserungsgesetz und der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ein Migrationspaket beschlossen, das für mehr Ordnung und Kontrolle in der Migrationspolitik sorgen wird.

Es stehen grundlegende Änderungen in der Migrationspolitik bevor: Am Donnerstag hat der Bundestag das [Rückführungsverbesserungsgesetz der Bundesregierung](#) [1] beschlossen. Um Personen, die sich illegal in Deutschland aufhalten, besser und schneller abschieben zu können, sollen die Befugnisse von Behörden erweitert und die mögliche Dauer des Ausreisegewahrsams verlängert werden, von derzeit zehn auf dann 28 Tage. So soll effektiver als bisher verhindert werden, dass Personen, die abgeschoben werden sollen, vorab untertauchen. Auch antisemitische Straftäter, Intensivtäter und Mitglieder der Organisierten Kriminalität können bald einfacher abgeschoben werden.

Darüber hinaus werden Anreize für irreguläre Migration reduziert, indem Asylbewerber künftig für einen längeren Zeitraum geringere Leistungen erhalten. „Wer ohne Bleiberecht ist, muss das Land auch verlassen. Mit dem Rückführungsverbesserungsgesetz geben wir dem Rechtsstaat weitere Werkzeuge in die Hand, um diese Ausreisepflicht konsequenter durchzusetzen?– ein weiterer Beitrag zu einer neuen Realpolitik bei der Migration“, erklärte FDP-Chef Christian Lindner. FDP-Fraktionschef Christian Dürr unterstrich in diesem Zusammenhang: „Wir [vereinfachen Abschiebungen](#) [2] und werden den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit stärker an die wirtschaftliche Integration der Menschen knüpfen.“

[Sieh dir diesen Beitrag auf Instagram an](#)

[3]

[Ein Beitrag geteilt von Christian Lindner \(@christianlindner\)](#) [3]

Ein leistungsorientiertes und wertegeleitetes Staatsangehörigkeitsrecht

Zum Thema Einwanderung gehört auch das [Staatsangehörigkeitsrecht](#). [4] Künftig soll nur noch derjenige deutscher Staatsbürger werden können, der seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten kann und die Werte unseres Grundgesetzes teilt. Dies soll durch umfassende Prüfungen sichergestellt werden.

Ein weiteres zentrales Anliegen der Freien Demokraten wird ebenso Realität: Antisemiten werden keinen deutschen Pass mehr erhalten können. Justizminister Marco Buschmann machte deutlich: „Denn mit unseren Werten ist es nicht vereinbar, wenn der größte Massenmord an jüdischen Menschen nach dem Holocaust auf unseren Straßen gefeiert und das Kalifat als Staatsform gefordert wird.“

Deutschland erhält damit endlich ein Staatsangehörigkeitsrecht, das einen klaren Rahmen setzt und zu einem modernen Einwanderungsland passt. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit wird stärker an die wirtschaftliche Integration des Einzubürgernden geknüpft. „Wer in Deutschland arbeitet, soll schneller eingebürgert werden“, erklärt Konstantin Kuhle, stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Dazu muss man den eigenen Lebensunterhalt und den der Familie ohne Bezug von Sozialleistungen bestreiten können. Wer etwas leisten will und unsere Werte teilt, ist uns herzlich willkommen – die deutsche Staatsbürgerschaft ist dann Krönung gelungener Integration und das Signal, dass sich Fleiß auszahlt. Wer die Werte des Grundgesetzes hingegen nicht teilt, wer antisemitisch, fremdenfeindlich oder auf andere Weise menschenverachtend handelt, der darf künftig keinen deutschen Pass mehr bekommen.

[Sieh dir diesen Beitrag auf Instagram an](#)

[5]

[Ein Beitrag geteilt von FDP-Fraktion im Bundestag \(@fdpbt\)](#) [5]

Auch interessant:

- Argumente: [Irreguläre Migration wirksam bekämpfen und reduzieren](#) [6]
- Argumente: [Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht – erst Integration und Arbeit, dann Einbürgerung](#) [7]
- [bundestag.de: Abstimmung über Regierungsentwurf zu Rückführungen](#) [1]
- [Beim Megathema Migration konkrete Lösungen erreichen](#) [8]
- [Für eine neue Realpolitik bei irregulärer Migration](#) [9]
- [Ordnung der Migration kommt voran](#) [10]
- [Meilensteine für eine neue Realpolitik in der Migration](#) [11]
- [Eine neue Realpolitik in der Migrationspolitik](#) [12]
- [Große Hilfsbereitschaft und begrenzte Kräfte](#) [13]

Quell-URL: <https://www.liberaale.de/content/mehr-ordnung-und-kontrolle-der-migrationspolitik#comment-0>

Links

[1] <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw03-de-rueckfuehrung-986284> [2] <https://www.fdpbt.de/infopapier/kurz-erklart-rueckfuhrungsgesetz> [3] https://www.instagram.com/reel/C11vi51sKsz/?utm_source=ig_embed&utm_campaign=loading [4] <https://www.fdpbt.de/infopapier/kurz-erklart-reform-staatsburgerschaftsrechts> [5] https://www.instagram.com/p/C2R4a20os4U/?utm_source=ig_embed&utm_campaign=loading [6] <https://www.fdp.de/seite/irregulaere-migration-wirksam-bekaempfen-und-reduzieren> [7] <https://www.liberaale.de/seite/ein-modernes-staatsangehoerigkeitsrecht-erst-integration-und-arbeit-dann-einbuengerung> [8] <https://www.fdp.de/beim-megathema-migration-konkrete-loesungen-erreichen> [9] <https://www.fdp.de/fuer-eine-neue-realpolitik-bei-irregulaerer-migration> [10] <https://www.fdp.de/ordnung-der-migration-kommt-voran> [11] <https://www.fdp.de/meilensteine-fuer-eine-neue-realpolitik-der-migration> [12] <https://www.fdp.de/eine-neue-realpolitik-der-migrationspolitik> [13] <https://www.fdp.de/grosse-hilfsbereitschaft-und-begrenzte-kraefte>